

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Roden 2825 und 2826.

Inserate kosten die achteigste Zeilenbreite oder deren Raum 50 Pf., kleine Anzeigen des festgedruckten Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leerzeilenzuschlag 30 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen 100% der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Roden 2768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Schürer des Bürgerkrieges.

Der Gewaltstreik im sächsischen Landtage.

Obwohl in Dresden selbst nach den amtlichen Meldungen die Ruhe bereits wiederhergestellt worden ist, und im übrigen Sachsen von Unruhdrohungen oder Gewalttätigkeiten keine Spur ist, hat die sächsische Regierung den Belagerungszustand und das Standrecht über ganz Sachsen erklärt. Damit haben auch in Sachsen diejenigen „Gesinnung“, denen die sächsische Regierung bisher schon nicht gewalttätig genug aufgetreten ist und die bisher schon dennoch Gewalttätigkeiten in Sachsen auszuführen.

Diese Kreise trauen sich schon lange mit der Absicht, die sächsische Regierung zur Verhängung des Belagerungszustandes zu drängen. Wie aus den Berichten über die Freitag-Sitzung der sächsischen Landesversammlung hervorgeht, haben sie bereits an diesem Tage einen energischen Vorstoß genommen, um die Regierung zur Verhängung des Belagerungszustandes zu veranlassen. Am Schluß der Sitzung mißbrauchte der rechtssozialistische Präsident Kräsdorf seine Sprechrolle, um die Regierung aufzufordern, den Belagerungszustand zu verhängen. Nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ hat dieser Streich große Entrüstung auf der linken Seite der Landesversammlung hervorgerufen, während die Rechte Beifall erteilte. Dabei ließ Kräsdorf keine Erwiderung zu, obwohl sich Genosse Lipinski rechtzeitig zur Ordnung zum Wort gemeldet hatte. Nachdem er endet hatte, verließ er mitten im wildesten Toben die Kuchartia den Saal.

Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt dazu: „Offenbar handelt es sich bei dieser insamen Schurkerei um ein abgefärbtes Spiel zwischen den bürgerlichen Parteien und dem „sozialdemokratischen“ Präsidenten. Der „Dresdner Anzeiger“ weiß nämlich zu melden, daß auf den Triebhaken das „Gerücht“ verbreitet war, es werde noch eine Kundgebung bevor. Demgegenüber sei ausdrücklich festgestellt, daß in der Kammer selbst von einem solchen Gerücht nichts bekannt war, und daß, wie uns versichert wird, auch der Fraktion der Reichheitssozialisten der Gewaltstreik ganz überraschend kam. Es bleibt also nur die Möglichkeit, daß Kräsdorf von den bürgerlichen Vertretern, als deren Sachwalter er während seiner kurzen Präsidentenherlichkeit wiederholt ganz offen aufgetreten ist, zu seinem Vorstoß gedrängt worden ist und sich gefällig gezeigt hat.“

Welche politischen Folgen diese unverantwortliche Hehe haben wird, läßt sich vorläufig noch gar nicht übersehen. Das eine aber ist fest, sie wird nicht weniger als beruhigend auf die Gemüter wirken. Die Erregung, die sich in der gegenwärtigen Zeit in allen Kreisen bemerkbar macht und die zur Siegeshebe gesteigert ist, muß durch derartige Anreizungen zur Gewaltanwendung von einer Stelle, von der die größte Unparteilichkeit erwartet wird, nur noch mehr aufgeschürt werden. Und es gewinnt allerdings den Anschein, als wenn das gewisse Kreise, zu deren Sprachrohr sich der Kammerpräsident gemacht hat, gar nicht unangenehm wäre. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die letzte Hoffnung der reaktionären Elemente sich immer mehr darauf konzentriert, die Erregungen der Revolution durch einen verzweifelten Gewaltstreik zu befeuern und in einem blutigen Charakterspiel, das ein mehrheitssozialistischer Präsident sich an die Spitze stellt und eine sozialdemokratische Regierung zur Anwendung von Gewalt gegen das Volk aufzuputten versucht.

Es bedurfte also gar nicht erst des verabscheuungswürdigen Attentats gegen den Kriegsminister Neurung, um den Belagerungszustand zu verhängen. Wie aus diesem Vorfall, der sich bereits am Freitag abgepielt hat, deutlich hervorgeht, waren jene unverantwortlichen Leute längst am Werke, denen das Vernichten der sächsischen Regierung, die Anwendung von Gewalt gegen die Arbeiter zu vermeiden, unangenehm war. Sie haben durch ihren Protest am Freitag die ohnedies vorhandene Erregung der Dresdener Bevölkerung wesentlich vergrößert und so mit dazu beigetragen, daß der bauerliche Vorfall am Sonnabend nicht verhindert werden konnte.

Hier sitzen also die wahren Schuldigen. Sie haben mit allem Vorbedacht den Schuss abgeben die

ihnen unbedeutenden Leute vorbereitet und reiben sich jetzt schamlos die Hände, daß ihnen unbedachtsame und fanatisierte Elemente so in die Hand gearbeitet haben.

Dresden, 13. April.

Das Gesamtministerium hat über den gesamten Freistaat Sachsen den Belagerungszustand verhängt. Die Ausübung der Kommandogewalt ist dem militärischen Oberbefehlshaber übertragen worden. Das Gesamtministerium hat zum Oberbefehlshaber Herrn Bruno Kirshof in Dresden bestimmt und dieser hat für die Zeit des Belagerungszustandes das Standrecht verkündet.

Dresden, 13. April.

Wolffs Bureau meldet: Infolge des Belagerungszustandes hat sich heute die Lage soweit gebessert, daß überall verhältnismäßige Ruhe eingetreten ist. Jedoch durchzogen vormittags noch kleine Gruppen von Demonstranten die Stadt und entwaffneten einzeln auftretende Polizeibeamte. Die für heute anberaumte kommunistische Versammlung verpuffte völlig. Im Lande haben in den letzten Tagen an verschiedenen Orten Kundgebungen gegen die Lebensmittelverknappung stattgefunden, doch hat sich auch hier die Lage wesentlich gebessert. Im Zwickau-Celtnitz-Lugauer Kohlenrevier, wo der Streik im Abflauen begriffen ist, haben sich bei einer Abstimmung 90 Prozent der Arbeiter gegen die Fortsetzung des Streiks erklärt. Wie weiter mitgeteilt wird, wurden bisher in Dresden vier Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, an der Ermordung Neurings beteiligt gewesen zu sein. Das Eintreffen der zur Aufrechterhaltung der Ordnung von auswärts entsandten Truppen steht unmittelbar bevor.

T. U. Dresden, 14. April.

In der gestrigen außerordentlichen Hauptversammlung der Delegierten des Landesverbandes sächsischer Presse erklärte Ministerpräsident Gradnauer: „Meine Auffassung von der Lage ist, daß sie sich jetzt günstig gestaltet. Die furchtbare Tat hat auf alle Volkskreise einen Eindruck gemacht, der zunächst wohl jede Ausschreitung ausschalten wird. Wohl haben am Sonnabend herumstreifende Banden eine Reihe einzelner Polizeiposten entwaffnet, aber das sind Einzelfälle. Die öffentlichen Gebäude sind geschützt. Sächsische Grenzschutztruppen und Truppen der Reichsleitung aus Berlin sind unterwegs. Auch in anderen Gebieten Sachsens hat sich die Lage gebessert. Der Amtshauptmann von Zwickau teilte mir mit, daß bei der Abstimmung 10 Proz. für und 90 Proz. gegen den Generallstreik gestimmt haben.“

Vom Rätekongreß.

Wegen vorhergehender Fraktionshungen wurde der Rätekongreß erst um 11 Uhr eröffnet. Er begann mit einem Referat über die Sozialisierung, das wegen der Erkrankung des Genossen Karl Kautsky von der Genossin Frau Luise Kautsky vorgetragen wurde.

Dem Kongreß gingen die folgenden beiden von Unabhängigen und Rechtssozialdemokraten gemeinsam unterzeichneten Anträge zu:

Antrag 43.

Der Rätekongreß verurteilt die bloße betriebliche auswärtige Politik Deutschlands, insbesondere die Führung der Waffenstillstandsverhandlungen durch den Reichsminister Erzberger, die geeignet ist, die Gegensätze zwischen den Völkern, besonders zwischen Deutschland und Frankreich, zu verschärfen und dadurch einen sozialistischen Völkerverbund unmöglich zu machen.

Er verurteilt auf das Schärfste, daß das deutsche Volk über die Verhältnisse im Ausland völlig falsch unterrichtet worden ist, daß ihm dauernd Tatsachen vorenthalten werden, die die Möglichkeit einer Verständigung mit anderen Völkern, namentlich mit Frankreich und Rußland, betreffen.

Er fordert die unverzügliche Einstellung der Feindschaften gegen Rußland und die Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern.

Brach, Meyer, Gräber, Kallisi, Rosenfeld, Schimmel.

Antrag 44.

Wir beantragen: Der Rätekongreß wolle beschließen: die Reichsregierung aufzufordern, scheinunglos das Außenministerium über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen.

Kallisi, Kaufhold, Rosenfeld.

Retter des Vaterlandes.

Die blutige Traödie in Dresden, bei der die unbefriedigten Interessen der Massen zu einer furchtbaren Entladung geführt haben, gibt dem „Vorwärts“ Veranlassung, sich wiederholt als Retter des Vaterlandes aufzuweisen. Er sucht die unsaubere Rolle vorzulesen zu machen, die er bei der jüngst einsetzenden Sehe neben die Kriegsschädigten gespielt hat, und er weist drohend darauf hin, daß er es gewessen sei, der ähnliche Ereignisse wie in Dresden hier verhüten habe.

Eine derartige parteipolitische Ausschüttung der unzulässig traurigen Dresdener Ereignisse ist direkt insam. Es liegt nicht der geringste Grund zu der Annahme vor, daß der Reichsbund der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen sich zu irgendeinem unzulässigen Abenteuer hätte mißbrauchen lassen. Auf die alarmierende Nachricht des „Vorwärts“, die sofortige Repressivmaßnahmen der Regierung zur Folge hatte, hat der Reichsbund der Kriegsschädigten in Anbetracht an den „Vorwärts“ und an die „Freiheit“ geschrieben, daß er mit dem Plan einer Demonstration nichts zu tun habe, wohl aber auf Ersuchen des von ihm abgesplitterten Internationalen Bundes der Kriegsschädigten sich an Verhandlungen beteiligen werde, um eine friedliche Kundgebung zu veranstalten, weil die Erbitterung in den Kreisen der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen täglich wächst. Doch diese Erbitterung vorhanden ist, mußte der „Vorwärts“ selbst ausgeben: in einer Rundschreiben des Reichsbundes, die er am 10. April veröffentlichte, wird an den Regierungsnachrichten zugunsten der Kernisten der Armen die schärfste Kritik geübt, und es wird mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die verblendete und kurzfristige Politik der Regierung dahin geführt habe, daß die berechtigten Forderungen der Kriegsschädigten und Kriegsteilnehmer unberücksichtigt gelassen werden, während die Offiziere mit den alten Wohlhabensherren und -damen nach wie vor schalten und walten.

Es lag natürlich durchaus im Bereich des Möglichen und Zulässigen, daß die betroffenen und erbitterten Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen für ihre berechtigten Interessen öffentlich demonstrieren und die Bevölkerung auf die unerbörten Mißstände in der Fürsorge der Regierung aufmerksamer machen. Aber weil der Reichsbund sich der großen Verantwortung bewußt war, die unter den heutigen Verhältnissen mit einer derartigen Kundgebung verknüpft ist, ging er mit aller gebotenen Vorsicht an die Angelegenheit heran. Wie wir in unserer Donnerstag-Nummer hinwiesen, behielt sich der Reichsbund den Zeitpunkt einer solchen Kundgebung vor, weil er sich bewußt war, daß die aufgestellten Regierungstruppen auch vor demonstrierenden Kriegsschädigten, Witwen und Waisen nicht Halt machen würden. Der Reichsbund unterstrich aber seinen grundsätzlichen Standpunkt, daß, wenn Ludendorff und seine Leute in den Straßen Berlins frei demonstrieren dürfe, auch die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen, die oft kein Brot, nicht mal ein Obdach hätten und zusehen müßten, wie die Offiziere mit ungeheuren Zulagen gesättigt werden, das volle Recht haben, öffentlich für ihre Forderungen einzutreten.

Was machte jedoch der „Vorwärts“ aus diesem klaren Tatbestand? Aus dem Wunsch einer abgelichteten kleinen Gruppe, die selbständig gar nicht vorzugehen in der Lage war, und die deshalb mit dem Reichsbund zwecks Veranstaltung einer gemeinsamen friedlichen Kundgebung in Unterhandlungen trat, machte er in seiner aufgelegten Phantasie ein fix und fertiges Komplott, das angeblich ausgeheckt sei, um eine Kulisse für einen neuen Putz zu schaffen. Anstatt das Einzige zu tun, was in diesem Falle möglich war, nämlich die Regierung zu energischen Maßnahmen zugunsten der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen aufzufordern und mitzuwirken an der Bänderung der Angelegenheit im Kriegsministerium, verriet er in skandalöser Weise die Interessen der Kernisten der Armen, indem er die Öffentlichkeit gegen sie mobil machte. Aus feiger Furcht um die „Ruhe“ und „Ordnung“ vergaß er auch in diesem Falle die elementarsten Pflichten eines Arbeiterblattes und stellte sich auch diesmal als dienstwilliger Lakai hinter die herrschende Diktatur.

Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß eine derartige Haltung nur die Erbitterung der in ihren Interessen geschädigten Massen steigern muß und die Hauptursache für elementare Bewegungen bildet, die wie in Dresden zu Mord und Totschlag und wüstem, blindem Rasenterror führen. Die Unfruchtbarkeit und Unfähigkeit der Regierung und ihrer Offizialen, verbunden mit ihrem provokatorischen Auftreten den Massen gegenüber, sie sind der eigentliche Nährboden für die immer wachsende Erregung der Massen, sie erst schaffen die Möglichkeit für die Betätigung überreizter und überpanneter Elemente, die die sozialistische Bewegung auf den Weg abenteuerlicher und schändlicher Experimente zu locken suchen. Die ihrer Verantwortung bewußten Elemente der revolutionären Arbeiterklasse bekämpfen mit aller Energie derartige Experimente, ihre Arbeit wird aber zerschlagen durch die provokatorische unfruchtbarkeits Politik, die der „Vorwärts“ betreibt und die erst das „Kanonensutter“ schafft, über das er in heuchlerischer Weise zu attern beliebt.

Eine unrichtige Meldung.

Der „Vorwärts“ behauptet, daß die „Kommunisten“ in den Betrieben für einen neuen Generalstreik in Berlin und im ganzen Deutschen Reich, der bereits innerhalb der nächsten Tage beginnen sollte. Die Kommunisten sind über den Ratskonferenz enttäuscht. Man beabsichtigt deshalb, die Aktion auf die ersten Montag zu verschieben und mit allen Mitteln fortzusetzen, bis die Diktatur des Proletariats gesichert ist. Solange man die Ratskonferenz (1) lassen. Bei ihrer Wiltation werden die Kommunisten das Mittel an, daß sie im Falle ihres Sieges als „mit schärfstem Vorkost“ bedrohen, die sich nicht jetzt schon ihnen anschließen. Diese Drohung hat auf weite Kreise Eindruck gemacht. Die eingeschätzten plaudernden zu sein, wenigstens äußerlich mit den Kommunisten zu gehen, besonders deshalb, weil sie andersfalls beschuldigt, irgendwelchen Schuß der Regierung nicht zu haben.

Wir hatten eine solche Notiz erwartet, wir wußten nämlich, daß solche Meldungen in den letzten Tagen von militärischen Nachrichtenstellen an das Reichswehrministerium erstattet worden. Von dort „den H. H. H.“ ist ihnen Wort in den „Vorwärts“.

Wir wollen dazu bemerken, daß gegenwärtig an einer Generalstreikaktion in Berlin nichts zu machen ist. Wir würden sie auch für schädlich und unklug halten. Aber vielleicht bedient der „Vorwärts“, daß solche Notizen geeignet sind, Aufregung zu erzeugen und die Spannung noch zu verwehren. Durch die Angelegenheiten ist die Situation in Berlin ohnedies nicht gerade leicht. Galt es da der „Vorwärts“ für richtig, noch Erregung zu verbreiten?

Der „Friedens“antrag der Mehrheitsparteien.

B. D. Weimar, 10. April.

In der Nachmittags-Sitzung der Nationalversammlung vom 10. d. M. wurde ein Friedensantrag beschlossen, in dem die Regierung aufgefordert wird, nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zuzustimmen und jeden Vertrag abzulehnen, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt. Die Unabhängigen Sozialdemokraten stimmten gegen den Antrag, was ihnen die üblichen Beschimpfungen und Ausbrüche eintrug.

Selbstverständlich hätten sich unsere Genossen nicht gegen eine Friedensresolution wenden können, die ohne Umkehr einen gerechten Frieden fordert! Der Antrag der Mehrheitsparteien aber bildet wieder die bekannte Mischung weinerlicher Bitten und drohender Gebärden an die Entente, in deren Brauerei Herr Eraberger Meister ist. Schon kein Fraktionskollege Weisser hatte in der Vormittags-Sitzung eine ziemlich unverblümte Drohung mit dem Revanchekrieg produziert, falls die Friedensbedingungen nicht nach den Wünschen der hinter der Regierung stehenden Parteien ausfallen würden. Der Antrag der Mehrheitsparteien nun will nichts weiter, als den Boden für die gewollte Revancheherde vorzubereiten! Denn in ihm ist auch nicht ein Wort darüber gesagt, wie sich die Herrschaften nun eigentlich den Frieden denken! Ihre Sentiments im Hintertreppchen sind keine positiven Ausführungen zur Sache, sind nicht einmal die Umschreibung irgendeiner klaren Grundidee, die sie über die gewünschte Friedensgestaltung haben könnten. Sie verlangen — um nur eines hervorzuheben — die „Erlösung von der Rüstungslast“ während inzwischen in Deutschland munter an der Neuanstellung der überlieferten aller militärischen Erscheinungsformen, eines Soldnerheeres, gearbeitet wird, während der deutsche Krieg gegen Rußland weitergeht und Friedensangebote aus dem Osten — wie der Funkspruch Taktikerins „An Alle“ — unbeachtet bleiben oder der Deffektivität vorenthalten werden! Dazu kommt noch das schändliche Spiel mit dem sogenannten „Vollschweigen“, den man nach außen als Aktivismus in die deutsche Politik einfließt, während man ihn — oder was mit ihm gleichgestellt wird — im Inneren in der brutalsten Weise niederzuknüppeln versucht!

Weiter aber ist zu bedenken, daß dieselben Leute, die während des Krieges die deutsche Kriegspolitik der Nationen bis zum äußersten unterstützten, die der Novemberrevolution ihre schärfste Abneigung ausprechen den Antrag unterzeichnen. Dadurch wird natürlich das Ansehen der deutschen Revolution im Auslande auf das schwerste kompromittiert. Und vor allem überall ein Mißtrauen gegen die Gestaltung der Dinge in Deutschland unter der gegenwärtigen Regierung wachgerufen, was nur zu geeignet ist, die Friedensmöglichkeiten zu erschweren.

Aber auch der Vorschlag über die Kolonien erforderte den grundsätzlichen Widerspruch unserer Genossen! Er läßt allen Möglichkeiten der Deutung Tür und Tor offen. Aber dennoch würden unsere Genossen für den Antrag zustimmen haben, wenn bei seiner Formulierung ihre Wünsche auf eine eindeutige Forderung unter Verzicht auf jede Drohung berücksichtigt worden wären. Da dies nicht geschah, war ihre ablehnende Haltung selbstverständlich. Denn sonst hätten sie sich damit einverstanden erklärt, daß der Regierung vom Parlamente aus die Genehmigung zur Ablehnung des Friedensvertrages gegeben würde, wenn sie ihn in ihrem Sinne auslegen wollte.

Unsere Genossen haben mit ihrer Abstimmung auf neue Befunde, daß ihr Verbleiben nur von grundsätzlichen sozialistischen Erwägungen aus bestimmt wird! Die unabhängige Sozialdemokratie kann unmöglich mitmachen, wenn es gilt, durch Aufweckung darwinistischer Instinkte das Volk für den verbrecherischen Gedanken eines Revanche-

Krieges empfänglich zu machen. Und das soll der eigentliche Zweck des von ihren Vertretern abgelehnten Antrages sein!

Generallstreik im Ruhrrevier.

Ueber den Stand des Generallstreiks der Bergarbeiter wird uns aus dem Ruhrrevier geschrieben:

Das Verhaftungsgeliebte befindet im Ruhrrevier. Die Reunerkommission war bereit, mit der Regierung zu verhandeln, jedoch unter Ausschluß der Vertreter der Bergarbeiterorganisationen, da sie den Bergarbeitern in ihrem Kampfe in den Rücken gefallen sind. Die Regierung und der hergaulische Verein mußten auf Grund der Lage im Ruhrrevier den Bergarbeitern Zugeständnisse machen. Sie wollten das aber nicht der Reunerkommission gegenüber tun, sondern es sollte der Eindruck erweckt werden, als ob die Erfolge den Organisationen zugeschrieben seien. Das ist zwar ein sehr kluger Akt, denn jeder Bergarbeiter weiß, daß die Bewegung gegen den Willen der Organisationen ausgebrochen ist, aber die Regierung versuchte es auf diese Weise. Natürlich ohne jedes greifbare Ergebnis.

Unter den Verhafteten befindet sich auch der Parteisekretär der U. S. P. für den Kreis Dortmund, Genosse Teuber. Wegen der Verhaftung der Reunerkommission und der planlosen Verhandlungen der Streikposten und Streikführer hat unter den Bergarbeitern eine ungeheure Erregung Platz gegriffen. Sie wollen nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen, bis die Führer aus der Haft entlassen und die Forderungen bewilligt worden sind.

Somit geht der Generallstreik im Ruhrrevier weiter und sein Ende ist noch gar nicht abzusehen. Die früheren Bergarbeiterorganisationen haben Konferenzen auf Konferenzen abgehalten, um die Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, jedoch vergebens. Die Folgen dieses furchtbaren, verlängerten Kampfes sind der Regierung überaus schmerzhaft. Wegen ihrer Unzulänglichkeit und der brutalen Gewaltanwendung zuzuschreiben. Ohne diese Herrenmenschen wäre dieser Kampf schon längst beendet worden. Eine Ab- und Aufwanderungsbewegung macht sich schon jetzt unter den Ruhrbergarbeitern bemerkbar. Gelingt es nicht, die Bergarbeiter an der Ruhr zurückzubehalten, so werden die geleerten Bergarbeiter in noch größerer Zahl abwandern.

Mülheim (Ruhr), 14. April.

Die Mülheimer revolutionäre Arbeiterklasse beschloß die Fortsetzung des Generallstreiks, bis die geforderten wirtschaftlichen und politischen Forderungen vollständig angenommen sind. Weiter beschloß man, den Fabriken und der Eisenbahn das Wasser zu entziehen.

Ein neuer Aufruf der bayerischen Regierung.

Die Regierung Hoffmann erläßt von Bamberg aus folgenden Aufruf an das Volk:

Bayern! Volksgenossen!

Unser Land ist in schwerster Gefahr. Eine kleine Schar nur auf Herabdrück bedachter, landfremder Phantasten will unser hart gekämpftes Volk in den gewaltigsten Bürgerkrieg stürzen. Gewissenlos nützt sie die durch Lebensmittelnot und Arbeitslosigkeit erzeugte Bewässerung für ihre verbrecherischen Zwecke aus. Durch die Schuld der Kommunisten ist in München schon Blut geflossen. Man organisiert „die rote Armee“ nach russischem Muster wider die sozialistische Regierung und ihre Volkswehr. Die Gefahr ist groß. Noch gelingt es den Truppen in München mit heroischem Mut den Angriffen standzuhalten. Jetzt brauchen sie Hilfe. Der gerechte Vorn des Volkes muß eine Macht schaffen, die den Verbrechern und Wahnwichtigen Halt gebietet. Die sozialistische Regierung lehnt es mit Rücksicht auf die unschuldigen Frauen, Kinder und Greise ab, die terroristischen Gewalttäter durch Lebensmittelperze zu bezwingen. Eins nur kann helfen: Arbeiter, Frauen, Bürger! Erhebt Euch wie ein Mann. In überwältigenden Kundgebungen laßt Ihr Euch zu und brennt. Wir rufen Euch alle herbei zum Schutze des Landes und der Frauen. Unsere Weib ist zu Ende. Es muß endlich reiner Tisch gemacht werden. Arbeiter, Frauen, Bürger! Sieht die Früchte der Revolution, rettet Sozialismus und Demokratie. Keine weiße Garde: eine wahre Volkswehr soll gebildet werden. Freiwillige vor! Eilt zu den Waffen!

Das Gesamtministerium des Freistaates Bayern.

Das Saargebiet.

Paris, 13. April.

Nach dem Diplomatischen Situationsbericht haben die vier Staatsleiter zunächst die Frage des Saargebietes erörtert. Danach erklärt Frankreich die Ausdehnung des Kohlenbeckens auf immerwährende Zeit und das volle Eigentum an den Bergwerken (?). Die Landesverwaltung sollte ihm nach englischen Vätermeldungen auf 15 Jahre übertragen und dann die Bevölkerung zur Abstimmung über ihre künftige Staatsangehörigkeit berufen werden, eine Lösung, die Wilson wegen der Achtung von seinen Grundgedanken gelehrt hätte; diese Nachrichten werden für zutreffend gehalten, ausgenommen vielleicht die Dauer der Verwaltung durch Frankreich. In der Finanzfrage haben die Staatsleiter ein Uebereinkommen über die Höhe des Vertrages erzielt, zu dessen Zahlung Deutschland sich im Voraus verpflichtet hat, und zwar als Deduktion für die erst später festzusetzende Gesamtschuldung; diese Zahlung dürfte nicht unter 125 (17) Milliarden Franken betragen.

Bei diesen Meldungen dürfte es sich hauptsächlich um Stimmungsfragen handeln. Die „Humanität“ protestierte übergens länglich wieder mit aller Entschiedenheit gegen solche Pläne. Sie lehnt die Zurückgabe des Saargebietes an Frankreich ab als ein: der großen französischen Nation unwürdige Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes. Die französischen Militärs, den verhafteten bereits im Saargebiet deutsche Staatsbürger teilw. wegen nationalitätlicher, nicht wegen politischer Verhältnisse. Es sei eine Schmach, daß sich die französische Armee dazu hergebe, dieselbe Rolle im Saargebiet zu spielen, wie die preussischen Soldaten in Belgien-Lothringen.

Der Völkerverbund.

Paris, 13. April.

Nach einer Neuermeldung ist der Entwurf des Völkerverbundes hier veröffentlicht worden. Nach dem Entwurf wird der Völkerverbund gegründet, um ein internationales Zusammenarbeiten zu fördern und den Frieden zu sichern. Der Völkerverbund wird umfassen: a) alle kriegsführenden Staaten, die in einem dem Entwurf bei-

gegebenen Schriftstück genannt sind; b) alle neutralen Staaten die ebenfalls genannt sind; c) in Zukunft jedes Land mit Selbstregierung, dessen Zulassung von zwei Drittel derjenige Staaten die bereits Krieg oder des Bundes sind, gutgeheißen wird.

Der Bund wird seine Tätigkeit ausüben durch eine Versammlung von nicht mehr als drei Vertretern eines jeden Gliedstaates, wobei der Gliedstaat jedoch nur eine Stimme hat, und einen Rat, der zunächst aus je einem Vertreter der fünf Großmächte und je einem der vier anderen Mächte gebildet wird. Der Rat wird von Zeit zu Zeit durch die Versammlung erneuert. Die Zahl der Mächte jeder Klasse, die im Rat vertreten sind, wird durch einstimmigen Beschluß des Rates und durch Abschluß eines Beschlusses der Versammlung erhöht werden. Andere Mächte haben das Recht, als Mitglieder des Rates bei der Erörterung von Angelegenheiten teilzunehmen, an denen sie besonders interessiert sind. Im Rat hat wie in der Versammlung jeder Staat eine Stimme. Diese beiden Körperschaften müssen in festgesetzten Präsidienräumen zusammentreten. Sie können sich mit jedem Gegenstand von internationalem Interesse befassen oder solchen, die den Weltfrieden bedrohen. Die Entschlüsse beider Körperschaften müssen einstimmig sein, außer in gewissen Fällen, die durch Stimmensmehrheit entschieden werden. Der Völkerverbund wird ein ständiges Sekretariat haben. In diesem und in allen anderen dem Völkerverbund unterliegenden Körperschaften dürfen gleiche weise Frauen wie Männer vertreten sein. Ein ständiger Gerichtshof für internationale Justiz und verschiedene ständige Kommissionen und Bureau's werden ebenfalls errichtet werden.

Die Gliedstaaten kommen überein: a) ihre Rüstungen zu vermindern; b) sich gegenseitig über ihre gegenwärtige militärische Rüstung und ihr Marine- und Aeronautikprogramm vollständig zu unterrichten; c) gegenseitig ihr Gebiet und ihre politische Unabhängigkeit zu respektieren und gegen einen fremden Angriff zu sichern; d) alle internationalen Streitigkeiten entweder einem Schiedsgericht oder einer Prüfung durch den Rat zu unterbreiten und in keinem Falle zu einem Kriege zu schreiten, bevor drei Monate nach einem Urteilspruch verfloßen sind oder eine einstimmige Empfehlung erfolgt ist, und selbst dann nicht zum Kriege zu schreiten mit einem Staat, der das Urteil dieser Empfehlung annimmt; e) einen Staat, der den vorstehenden Vertrag gebrochen hat, zu betrachten, als habe er eine kriegerische Handlung gegen den Völkerverbund begangen, die wirtschaftlichen und anderen Beziehungen mit ihm abzubringen und Truppen solcher Staaten, welche im Namen des Völkerverbundes eine bewaffnete Macht bereitstellen, den Durchzug durch ihr Gebiet zu gewähren. Der Rat hat die Aufgabe zu empfehlen, wie hoch die Truppenzahl sein soll, die von den verschiedenen Regierungen beizustellen ist, doch ist die Zustimmung dieser Regierungen erforderlich.

Die ehemaligen deutschen Kolonien und Gebiete des ottomanischen Reiches werden im Interesse der Zivilisation durch geeignete Staaten in der Eigenschaft als Mandatäre des Völkerverbundes verwaltet, der seinerseits die allgemeine Oberaufsicht führen wird.

Außer zu diesem Vertrag bedürfen der Billigung der Staaten im Rate und einfacher Majorität der Versammlung, die Staaten, welche erklären, derartig angenommenen Vorschläge anzunehmen, sind durch sie nicht gebunden, hören aber in diesem Falle auf, Mitglieder des Völkerverbundes zu sein.

Die Sozialisierung in Oesterreich.

Wien, 13. April. Der dem Sozialisierungsausschusse vorgelegte Gesetzentwurf über gemeinwirtschaftliche Anstalten zur Leitung und Verwaltung einzelner Betriebe bestimmt, daß diese von der Staatsregierung, Landesregierung oder Gemeindeverwaltung oder von Verbänden, solcher Verwaltungskörperschaften errichtet werden und zu Ausführung der nötigen Geldmittel mit staatlicher Genehmigung auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen ausgeben.

Die oberste Leitung einer solchen gemeinwirtschaftlichen Anstalt hat den Verwaltungsausschuss, dem Vertreter der zu errichtenden Körperschaften, der Arbeiter, Angestellten und Beamten der gemeinwirtschaftlichen Anstalt und Vertreter ihrer Kundenschaft angehören; Arbeiter, Angestellte und Beamte besetzen wenigstens ein Viertel der Stellen. Von dem Ertragnis der Anstalt dient ein angemessener Teil zur Erhaltung der Anstalt und den in der Anstalt beschäftigten und den in der Anstalt beschäftigten Körperschaften aufgeteilt. Der Gesetzentwurf ermächtigt die Staatsregierung ferner, Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung als gemeinwirtschaftlich anzuerkennen und für geeignet zur Übernahme sozialistischer Unternehmungen zu erklären.

Ein weiterer Gesetzentwurf über Betriebsräte in Unternehmungen mit wenigstens zwanzig Arbeitern oder Angestellten bestimmt, daß diese Betriebsräte aus Arbeitern und Angestellten bestehen, sich im allgemeinen nur mit deren Angelegenheiten befassen und ihr materielles, sozial- und kulturelles Wohlförderung sollen; sie können mit dem Unternehmer Gesamtarbeitsverträge für den Betrieb abschließen und Einfluß in gewisse Wirtschaftsbücher verlangen; die Arbeitsordnung bedarf ihrer Zustimmung. Sie haben ferner das Recht, alljährlich Geschäftsberichte und Steuerbilanzen einzusehen und auf deren Grundlage mit dem Unternehmer über Verbesserungen der Betriebsbedingungen zu beraten. Bei Betrieben mit bis fünfzig Arbeitern besteht der Betriebsrat aus fünf Mitgliedern, bei größeren Betrieben tritt auf je hundert Arbeiter ein Mitglied hinzu.

Nach dem Entwurf über die Bergesellschaftung von Unternehmungen durch die Gemeinden sollen diese berechtigt sein, Privatunternehmungen, darunter solche des Verkehrs, sowie zur Beschaffung, Erzeugung und zum Vertrieb von Lebensmitteln, ferner im Angewandten und in der Stellenvermittlung, Kaffeeplantagen, Gastwirtschaften, Theater, Kinos und die Herstellung und Vermittlung von Mietwohnungen entweder selbst zu übernehmen oder in den Besitz und Betrieb gemeinwirtschaftlicher Körperschaften überzuführen.

Sozialistischer Studententag.

Die sozialistische Studentenschaft der Hochschulen Berlins hat für die Osterfeiertage einen allgemeinen sozialistischen Studententag einberufen.

Es soll dort über den Zusammenschluß aller sozialistischen Studentengruppen verhandelt und ein gemeinsames Hochschulprogramm aufgestellt werden.

Die Gruppen und Kreise sozialistischer Akademiker, die an der Tagung teilnehmen möchten, aber noch keine Einladung bekommen haben, wollen sich an die Geschäftsstelle des S. S. B. Berlin K. B. 23, Poststraße Nr. 101. wenden.

